

Kundengelder belasten Postfinance

Bank senkt Schwellenwert für Gebühren auf Spareinlagen – rund 7000 Personen betroffen

Von Robert Mayer

Bern. Grundsätzlich freut sich eine Bank über den Zufluss von Kundengeldern. Sie sind ein Vertrauensbeweis für das Institut, vor allem aber kann dieses mit den zugeflossenen Mitteln Hypotheken und andere Kredite vergeben oder Anlagen tätigen und so Zinserträge und weitere Einnahmen erarbeiten. Bei Hansruedi Köng, Chef der Postfinance, mag indes keine Freude darüber aufkommen, dass seinem Haus in den letzten zwölf Monaten über 3,6 Milliarden Franken an Kundengeldern zugeströmt sind.

Die Postfinance ist eben keine normale Bank, denn ihr ist das Kreditgeschäft gesetzlich untersagt. Dieses Verbot hat zur Folge, dass die Tochter von den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank besonders stark belastet wird. Ihr bleibt nämlich angesichts des fortdauernden Anlagennotstands kaum eine andere Option, als die überschüssigen Gelder bei der Nationalbank zu parkieren und dafür nach Abzug eines Freibetrags Strafzinsen zu zahlen.

Deshalb wäre die Postfinance eigentlich ganz froh, wenn die Kunden einen Teil ihrer Guthaben auf den Sparkonti abzügelnd würden. Per 1. Oktober will das Unternehmen einem solchen Schritt noch zusätzlich Vorschub leisten: Es senkt den Schwellenwert, ab dem Privatkunden eine sogenannte Guthabengebühr entrichten müssen, von bislang einer Million auf 500 000 Franken. Davon dürften bis zu 7000 Kunden betroffen sein, wie der Postfinance-Chef gestern an einer Telefonkonferenz ausführte.

Zinsgeschäft auf Talfahrt

Diese Kunden werden nun wohl ihre Sparguthaben zumindest teilweise auf andere Banken umschichten – wie bereits geschehen, als die Postfinance Anfang Februar 2017 den einprozentigen Strafzins einführte. Die Guthabengebühr selber wird unverändert ein Prozent betragen und auf dem Kontoguthaben erhoben, das den neuen Schwellenwert von 500 000 Franken übersteigt. Vermeiden oder verringern lässt sich die Gebühr nur, wenn die betroffenen Postfinance-Kunden ihre Sparguthaben vermehrt in Anlagefonds und andere Wertpapiere investieren.

Für Geschäftskunden und andere Banken hatte die die Bank bereits im Januar 2015 die Guthabengebühr eingeführt, wobei die Schwellenwerte individuell zugeschnitten wurden und werden. Dieses Regime will das Institut laut Mitteilung «in Zukunft noch konse-



Schwieriges Zinsumfeld. Postfinance ist von den Negativzinsen der Nationalbank stark betroffen. Foto Keystone

quenter anwenden». Wenig Erfreuliches hatte die Postfinance auch zu ihrem Halbjahresabschluss zu berichten. Der Reingewinn ist auf 125 Millionen Franken geschrumpft, verglichen mit 372 Millionen in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres.

Allerdings war der letztjährige Semestergewinn durch den Verkauf zweier Aktienportfolios einmalig um 109 Millionen aufgebläht worden. Stark gelitten hat in der Berichtsperiode einmal mehr das Zinsdifferenzgeschäft, die Kernaktivität der Postfinance: Des-

sen Gewinn hat sich um weitere 18 Prozent auf 380 Millionen Franken vermindert – und laut Finanzchef Kurt Fuchs wird sich die Talfahrt fortsetzen.

Es drohen noch höhere Gebühren

Bis 2016, so Fuchs, sei es noch gelungen, das Zinsergebnis mehr oder minder stabil zu halten, indem man parallel zu den sinkenden Zinseinnahmen aus Ausleihungen und Anlagen die Zinssätze auf den Kundenguthaben reduziert habe. Letzteres ist nun bei Null-Prozent-Zinsen für Sparer nicht

mehr möglich, wegen der Zinserträge weiter zurückgehen werden.

Diese Gewinnerosion will die Postfinance zum einen mit höheren Gebühren für die Kunden kompensieren. Genauer gesagt soll in der ersten Oktoberhälfte bekannt gegeben werden. Zum andern setzt man bei der Bank auf Kostensenkungen – einschliesslich dem angekündigten Abbau von bis zu 500 Stellen – und der Erschliessung neuer Ertragsquellen, etwa bei den Kommissionen aus Kundenanlagen und Kreditkarten.

Postfinance muss schrittweise zusätzliches Eigenkapital aufbauen

Bern. Die Postfinance als wichtiges Schweizer Finanzinstitut gehört seit ein paar Jahren zu den sogenannten systemrelevanten Banken der Schweiz. Entsprechend muss sie sich kapitalmässig fit machen und per Anfang nächsten Jahres schrittweise zusätzliches Eigenkapital aufbauen. Dafür braucht sie aber einen Richtungsentscheid der Politik. Bei Aufhebung des Kreditverbots käme für die Postfinance-Führung auch eine Teilprivatisierung infrage. Postfinance sieht drei Varianten, um das nötige zusätzliche Eigenkapital aus den sogenannten Gone-Concern-

Anforderungen zu erhalten. Gone-Concern-Kapital soll es ermöglichen, ein Finanzinstitut zu sanieren oder im Fall einer Abwicklung die systemrelevanten Funktionen einer Bank in einer funktionsfähigen Einheit weiterzuführen. Eine erste Option wäre die Zusage von Kapital durch den Bund, wie Postfinance-Chef Hansruedi Köng gestern sagte. Als zweite Option sieht Köng die Rückbehaltung von Gewinnen, also die Gewinnthesaurierung, und als dritte Möglichkeit die Beschaffung von Geldern am Markt. Man habe die entsprechenden Optionen in Form eines Berichts dem Bundesrat zugestellt, so

Köng. Ein Entscheid sei aber noch nicht gefallen. Da der Aufbau von zusätzlichem Kapital aber ab nächstem Jahr beginnen muss, sieht Köng Handlungsbedarf, zumal es für eine Kapitalisierungszusicherung einen Parlamentsbeschluss bräuchte. Grundsätzlich sandte Köng einen Appell an die Politik und forderte diese auf, «Rahmenbedingungen zu schaffen, die es uns erlauben, weiterhin wirtschaftlich und wertschöpfend zu arbeiten». Ansonsten nehme der Wert des Unternehmens weiter ab. Die höchste Priorität habe dabei die Aufhebung des Kreditverbots. SDA

Deutsche Bahn erhöht Preise

Anstieg unter zwei Prozent

Berlin. Die Deutsche Bahn erhöht in diesem Jahr ihre Ticketpreise. Jene des Fernverkehrs würden aber deutlich unterhalb der Inflationsrate von gegenwärtig zwei Prozent liegen, erklärte Bahn-Chef Richard Lutz den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Er bezeichnete den Anstieg als moderat. «Wir wollen mit unserer Preispolitik Wachstum und Auslastung unterstützen», sagte er. Der Preisanstieg tritt zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember in Kraft.

Die Pünktlichkeit der Bahn will der Bahnchef vor allem durch die Digitalisierung der Strecken weiter verbessern. Im bisherigen Jahresdurchschnitt lag die Pünktlichkeit bei 76 Prozent. «Die Pünktlichkeit ist noch nicht dort, wo wir sie uns wünschen», sagte Lutz.

2019 will die Bahn zudem mindestens 15 000 neue Mitarbeiter einstellen, wie Lutz ankündigte. In diesem Jahr würden es mindestens 19 000 sein. Trotz des fortschreitenden autonomen Fahrens in den nächsten Jahren würden auch Lokführer «unbedingt weiter gebraucht». «Es wird noch ziemlich lange bis zu einem fahrerlosen Betrieb auf unseren Schienen dauern», sagte Lutz. SDA

Aufstand gegen App-Stores von Google und Apple

Wegen hoher Abgaben versuchen namhafte Firmen die App-Läden zu umgehen

Von Jon Mettler

Zürich. Zehn Jahre ist es her, seit Apple und Google ihre App-Stores lanciert haben. Die digitalen Läden entwickelten sich zu Marktplätzen, auf denen Millionen unabhängiger Entwickler ihre Anwendungen anbieten. Milliarden von Smartphone-Nutzern weltweit laden diese Programme herunter.

Im Gegenzug müssen die Anbieter bis zu 30 Prozent des Verkaufspreises pro bezogene App und für kostenpflichtige Inhalte an Apple und Google abtreten.

Zu hohe Kommissionen

Deswegen formiert sich gegen die App-Stores von Apple und Google Widerstand. Eine wachsende Zahl von renommierten Firmen kritisiert, dass die zwei US-Technologiekonzerne zu hohe Kommissionen auf verkaufte Apps und kostenpflichtige Inhalte erheben. Am lautesten beschwerten sich der Streamingdienst Netflix und die Videospielerhersteller Epic Games und Valve.

Netflix fordert ausgewählte Nutzer in einer Testphase dazu auf, den Webbrowser auf ihrem Apple-Gerät zu starten, sich dort einzuloggen und das entsprechende Abonnement dann über den Browser anstatt über iTunes abzuschliessen.

Kritik am wirtschaftlichen Modell der App-Stores hat es immer schon gegeben. Aber das Ausmass der Wehklagen ist neu. Branchenkenner befürchten, dass eine zunehmende Zahl der Beschwerden in Kombination mit mehr Regulation und steigendem Wettbewerbsdruck die App-Wirtschaft untergraben könnte.

Das US-Wirtschaftsportal *Business Insider* zitiert aus einem Bericht des australischen Finanzdienstleisters Macquarie, der auf die Gefahren dieser Entwicklungen für Apple aufmerksam macht. Ein Analyst warnt davor, dass die traditionellen Kommissionen auf Apps unter Druck geraten könnten. Weiter rechnet der Autor vor, dass die jährlichen Einnahmen von Apple um bis zu 16 Milliarden Dollar sinken könnten, sollte es gezwungen sein, die Höhe der

Kommissionen auf Apps anzupassen. Solche Bedenken lassen die Investoren aufhorchen. Die Anleger erwarten vom App-Store, dass er das Wachstum des Dienstleistungsgeschäfts von Apple antreibt.

Übername: Steuereintreiber

Für Apple und Google gab es anfänglich Lob, weil sie im digitalen Zeitalter ein neues wirtschaftliches Ökosystem erschaffen haben. Laut der Agentur *Bloomberg* ist die Stimmung jedoch am Kippen. Inzwischen haben beide Konzerne in den USA wegen der hohen Abgaben auf Apps eine neue Bezeichnung erhalten: die Steuereintreiber.

Die aktuellsten Zahlen zur Schweizer App-Wirtschaft von 2015 zeigen, dass hierzulande rund 30 000 Programmierer Anwendungen für mobile Endgeräte entwickeln. In den Stores von Apple und Google werden etwa 1,2 Millionen Apps aus der Schweiz angeboten. Die Industrie erwirtschaftete einen Umsatz von geschätzten 120 Millionen Franken.

EBM-Preise bleiben stabil

Weniger Abgaben an Bund

Münchenstein. Für Strom zahlen Kundinnen und Kunden der Elektra Birseck Münchenstein (EBM) 2019 gleich viel wie im laufenden Jahr. Die Stromtarife bleiben unter dem Strich stabil.

Aufgrund grosser Investitionen in das Verteilnetz in den vergangenen drei Jahren steigt der Netztarif 2019 zwar leicht an, wie die EBM gestern mitteilte. Die Erhöhung werde jedoch durch eine Senkung der gesetzlichen Abgaben an den Bund kompensiert. Für das Höchstspannungsübertragungsnetz sowie Systemdienstleistungen der Swissgrid bezahlt das Unternehmen im kommenden Jahr weniger.

Für einen Vier-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 4500 Kilowattstunden belaufen sich die jährlichen Stromkosten beispielsweise durchschnittlich auf 1064 Franken, rechnete das Unternehmen vor. SDA/che

Weniger gebaut im Baselbiet

Rückgang im öffentlichen Sektor

Liestal. Das Bauvolumen hat im Kanton Basel-Landschaft im vergangenen Jahr um 5,6 Prozent auf 1,7 Milliarden Franken abgenommen. Der Rückgang um 102 Millionen Franken ist vor allem auf eine rückläufige Bautätigkeit im öffentlichen Sektor zurückzuführen.

Die baulichen Investitionen der öffentlichen Hand nahmen um 68 Millionen auf 448 Millionen Franken ab, teilte das Statistische Amt gestern mit. Im Strassenbau wurde ein Rückgang um 33,9 Prozent verzeichnet. Rückläufig waren auch die Investitionen für öffentliche Hochbauten sowie für den übrigen Tiefbau.

Die Investitionen in den gewerblichen Bau verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr zudem um 15,1 Prozent auf 205 Millionen Franken. Insbesondere im Bezirk Liestal war um rund die Hälfte weniger investiert worden. Gemäss Bau- und Wohnbaustatistik blieben die Investitionen im privaten Wohnungsbau dagegen bei knapp einer Milliarde Franken.

68,6 Prozent der neu erstellten 1209 Wohnungen hatten ein bis drei Zimmer. Bei den Wohnungen mit drei Zimmern wurde hingegen ein Rückgang registriert.

Stark rückläufig war der Bau von neuen Wohnungen mit vier und fünf Zimmern. Gegenüber 2016 wurden 85 Wohnungen weniger produziert. Einfamilienhäuser wurden im vergangenen Jahr im Baselbiet 274 errichtet – 56 mehr als 2016. SDA

Klageflut gegen Bayer in USA

8000 Glyphosat-Fälle hängig

Frankfurt. Bayer sieht sich in den USA mit mehr Klagen wegen des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat konfrontiert als bislang bekannt. Bis Ende Juli hätten rund 8000 Klagen vorgelegen, sagte Vorstandschef Werner Baumann gestern in einer Telefonkonferenz mit Analysten. Bisher waren mehr als 5000 Klagen bekannt. Baumann sagte, Ende Oktober werde das nächste Verfahren vor einem Gericht in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri starten.

Vor knapp zwei Wochen wurde die Bayer-Tochter Monsanto, die Glyphosat entwickelt hat, von einem kalifornischen Gericht zu einer Schadensersatzzahlung von 289 Millionen Dollar an einen an Krebs erkrankten Mann verurteilt, der seine Erkrankung auf den Unkrautvernichter zurückführte. Der Kurs der Aktie war nach dem Urteil eingebrochen. Baumann kritisierte die Entscheidung heftig: «Wir halten das Urteil für falsch.» Er bekräftigte, der Konzern werde das Urteil anfechten und sich dagegen und auch in weiteren Fällen entschieden verteidigen. Rückstellungen für Schadensersatzzahlungen habe Bayer bislang nicht gebildet. SDA